



Stadt Bad Bentheim

Drucksache Nr.

172/2020

Fachbereich I: Zentrales
Herr Jürriens Tel. 73-50

<input checked="" type="checkbox"/>	in öffentlicher Sitzung
<input type="checkbox"/>	in nichtöffentlicher Sitzung

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Verwaltungsausschuss	16.09.2020	zur Empfehlung
Stadtrat	30.09.2020	zur Beschlussfassung

TOP

Resolution – Bad Bentheim deklariert sich als „Sicherer Hafen“

Beschlussempfehlung

Der Verwaltungsausschuss leitet diesen TOP ohne Empfehlung an den Rat weiter.

Begründung

Folgender Antragstext liegt dem Rat vor:

Der Rat der Stadt Bad Bentheim bekennt sich zu seiner Verantwortung Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Bad Bentheim hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohnern in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

Der Rat der Stadt Bad Bentheim beschließt folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Bad Bentheim unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ und erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Bad Bentheim bereit ist, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, zusätzlich aufzunehmen. Der Bürgermeister wird diese Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Der Bürgermeister wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen Sorge zu tragen.
3. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entgegenzutreten.

4. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Hilfen, endlich anzunehmen und die aufnahmewilligen Kommunen zu unterstützen.

Begründung:

In einer Presseerklärung vom 05.03.2020 fordern Niedersachsens Innenminister und Oberbürgermeister*innen aus Köln, Düsseldorf, Hannover, Freiburg im Breisgau, Rottenburg am Neckar, Frankfurt (Oder) und Potsdam die Bundesregierung zum Handeln und zur Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf.

*„Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und die Oberbürgermeister*innen der Städte Köln, Henriette Reker (parteilos), Düsseldorf, Thomas Geisel (SPD), Hannover, Belit Onay (Bündnis90/Die Grünen), Freiburg im Breisgau, Martin Horn (parteilos), Rottenburg am Neckar, Stephan Neher (CDU), Frankfurt (Oder), René Wilke (DIE LINKE), sowie Potsdam, Mike Schubert (SPD), fordern sofortiges Handeln der Bundesregierung zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Aufnahmelagern in Griechenland. Etwa 140 deutsche Städte haben sich durch Beschlüsse der jeweiligen Räte und Stadtverordneten zu Städten Sicherer Hafen erklärt und wollen zusätzlich geflüchteten Menschen in Not helfen. Aufgrund der Situation in den griechischen Flüchtlingslagern haben das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und weitere deutsche Kommunen konkret ihre Bereitschaft signalisiert, sofort bis zu 500 unbegleitete Minderjährige unter 14 Jahren im Rahmen eines Sofortprogramms aufzunehmen, die auf den griechischen Inseln unter nicht hinnehmbaren Zuständen untergebracht sind.*

Die Situation auf den griechischen Inseln nahe dem türkischen Festland hat sich durch die Entscheidung der türkischen Regierung, in der Türkei lebende Geflüchtete nicht mehr im Land zu halten, in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Insbesondere für Kinder und Frauen sind die völlig überfüllten Lager, in denen es an der nötigsten Infrastruktur, medizinischer Versorgung und Schutzräumen fehlt, unhaltbar. Vor allem den Kindern, deren Eltern in vielen Fällen nicht mehr leben und die alleine in den Flüchtlingslagern untergebracht sind, soll nun sofort geholfen werden.

Die Aufnahmekapazitäten in den deutschen Städten wurden geprüft und stehen zur Unterbringung und pädagogischen Betreuung der Kinder zur Verfügung. Auch mehrere Bundesländer haben deutlich gemacht, dass Sie bereit sind umgehend zu handeln und entsprechend Kapazitäten angeboten, die sie für leistbar halten. Damit können die Menschen mit der größten Hilfsbedürftigkeit ohne weiteres Zögern unterstützt werden. Der Innenminister sowie die Oberbürgermeisterin und Oberbürgermeister fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich die rechtlichen Möglichkeiten für die Unterbringung zu schaffen.

Zahlreiche Kommunen und Bundesländer in Deutschland haben die gesamteuropäische Verantwortung für die Flüchtlingsunterbringung längst erkannt und angenommen. Bereits im Sommer 2019 hat sich ein breites Bündnis von Städten gegründet, das seitdem stetig gewachsen ist und von Potsdam aus koordiniert wird.

Die Initiative verbindet moralisches und pragmatisches Handeln. Es ist unseriös, die überstürzte Aufnahme tausender Flüchtlinge zu fordern. Eine Lösung kann nur durch den Dreiklang aus Soforthilfe bei der Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger, gesamteuropäischer Verteilung und einer Verbesserung der logistischen Situation auf den griechischen Inseln erzielt werden, betonen die Beteiligten.“

Seit die Türkei die Flüchtenden nach Europa nicht mehr aufhält, ist die Situation in den Flüchtlingslagern in Griechenland unhaltbar. Insbesondere für Kinder und Frauen sind die völlig überfüllten Lager, in denen es an allem fehlt, entsetzlich. Hier zeigt der Friedensnobelpreisträger EU sein hässliches Gesicht. Griechisches Militär und Frontex schießen an der türkischen Grenze mit Tränengas, Blindgranaten und Wasserwerfern auf Schutzsuchende. Werte unter deren Schutz wir aufwachsen durften, werden hier mit Füßen getreten. An Europas Grenzen zeigt sich die Grenze der Menschlichkeit.

Das widerspricht unserer Überzeugung als weltoffene Stadt. Als „Ort der Vielfalt“ müssen WIR ein Zeichen setzen, dass das selbstverständliche weiter selbstverständlich bleibt – Menschen in Not zu helfen.

Während an der Grenze Familien, Kinder und Jugendliche militärisch bekämpft werden, stehen in Deutschland und anderen Ländern Aufnahmeeinrichtungen leer, hunderte Städte sind aufnahmebereit. Lasst uns gemeinsam und lautstark dafür eintreten, dass die Menschen in griechischen Lagern und an der griechisch-türkischen Grenze menschenwürdig behandelt und evakuiert werden.

Während Nationalstaaten in ganz Europa weiter auf Abschottung setzen, wollen unzählige Städte und Kommunen mehr geflüchtete Menschen aufnehmen, als ihnen zugewiesen werden. Sie zeigen: Bei uns ist noch Platz!

Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Bad Bentheim Bereitschaft gezeigt, Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Folter fliehen Obdach und Hilfe anzubieten. Die Bad BentheimerInnen haben hier einen wertvollen Beitrag geleistet. Mit der Deklaration als „sicherer Hafen“ zeigt die Stadt Bad Bentheim ihre Solidarität mit Geflüchteten die in Not geraten sind.

Kein Mensch verlässt freiwillig sein Heimatland. Deshalb ist es richtig und notwendig die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dieses liegt jedoch nicht in der Macht einer Kommune.

Die Ratsmitglieder im Rat der Stadt Bad Bentheim